



# Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 48

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.  
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,  
Claus-Groth-Str. 1. Fernsp.: Nordsee, 8246.

Hamburg, den 29. November 1919

Anzeigen kosten die sechsgespaltene Non-  
pareilzeile oder deren Raum 50 Pf. (Der  
Betrag ist stets vorher einzusenden).  
Verbandsanzeigen kosten 25 Pf. die Zeile.

33. Jahrg.

## Mitgliederaufschwung.

Unaufhaltsam schreitet die Mitgliederentwicklung auch unseres Verbandes vorwärts. Daß dies nicht sprunghaft wie in andern Gewerkschaften erfolgt, ist lediglich auf die ungünstige Lage des Malergewerbes zurückzuführen. So sehr uns ein schnelleres Tempo unseres Aufstieges auch erfreuen würde, so erhoffen wir gerade von der stetigen Entwicklung doch wiederum größere, dauernde Vorteile als von ungestümen Vorwärtstürmen, dem meist Mißschicksal nicht erspart bleiben.

### 46 852 Mitglieder

stellten wir am 1. Oktober — beim Abschluß des 3. Vierteljahres — fest; gegen 42 398 am 1. Juli, 38 795 am 1. April und 20 417 am 1. Januar.

Zur gleichen Zeit des Vorjahres, am 1. Oktober 1918, kurz vor dem offenen Ausbruch der Revolution, zählten wir 7220 Mitglieder. Also hat sich unsere Mitgliederzahl in den letzten 4 Quartalen um 39 632 Mitglieder oder um 547,8 pSt. erhöht.

Bei Ausbruch des Krieges — am 1. Juli 1914 — zählten wir 47 280 Mitglieder, während der jemals höchste Stand mit 53 609 Mitgliedern am Ende des 2. Quartals 1912 erreicht wurde. Das war damals möglich unter dem Einfluß der Erwartung eines allgemeinen Lohnkampfes, der 1913 dann auch tatsächlich ausgebrochenen Ausperrung, deren Folgen, trotz ihres günstigen Verlaufs, uns auf 44 117 Mitglieder zurückwarfen.

Als der Krieg ausbrach, befanden wir uns im Annarsch auf die frühere Höhe. Der Zusammenbruch unseres Gewerbes brachte uns weit zurück. Und wenn wir jetzt vom Stand von 1914 nur noch um 378 Mitglieder entfernt sind, so erfüllt das gewiß alle um das Wohl ihres Verbandes besorgten Kollegen mit aufrichtiger, großer Genugtuung.

Geloben wir uns alle, unermüßlich fortzufahren in eifriger Werbearbeit für die Ideen unserer Gewerkschafts-, der modernen Arbeiterbewegung, und für neue Mitglieder unseres Verbandes. Dann werden wir in Kürze den Friedensstand überschreiten und hinausstreben über die ersten 50 000.

Schon erscheint unser „Vereins-Anzeiger“ in 51 000 Exemplaren. Daß diese Ziffer auch in Kürze unsere Mitgliederstärke ausdrückt, muß unser eifrigstes Bestreben sein. Große Aufgaben harren ihrer Bewältigung. Nur eine an Mitgliedern starke und nach innen gut ausgebaut Organisation kann ihre Lösung erreichen.

## Arbeiterausschüsse und Arbeiterräte.

Als nach der Novemberrevolution der Gedanke der Arbeiterräte in Deutschland propagiert wurde und in den breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung immer mehr an Boden gewann, suchte man von gewisser Seite gestiftetlich den Glauben zu verbreiten, daß dieser Gedanke etwas Funtelnagelneues, aus Rußland brühwarm Importiertes sei. Die Leute, die dies behaupteten, hatten entweder ein Interesse daran, die Wahrheit zu verdunkeln, oder sie hatten nicht die geringste Kenntnis von der deutschen Arbeiterbewegung. Tatsächlich verhält sich die Sache so, daß das Bestreben der Arbeiterschaft, innerhalb der einzelnen Betriebe durch eine selbstgewählte Vertretung sich ein möglichst weitgehendes Mitbestimmungsrecht zu erkämpfen, schon seit Jahrzehnten in den deutschen Gewerkschaften zum Ausdruck gekommen ist. Das Rätesystem, das die russischen Arbeiter notgedrungen einführen mußten, weil es ihnen an starken gewerkschaftlichen und politischen Organisationen fehlte, ist ja nichts anderes als der Wille,

das gesamte wirtschaftliche und politische Leben im Sinne des Sozialismus umzugestalten, ein Wille, der in den deutschen Arbeiterorganisationen seit langem lebendig ist. Nur lehnt es die Arbeiterschaft Deutschlands in ihrer überwiegenden Mehrheit ab, den Arbeiterräten die Herrschaft in Staat und Gemeinde zu übergeben, weil sie auf dem Boden des Parlamentarismus und der Demokratie steht, wohl aber erblickt sie in ihnen ein geeignetes Mittel, unser Wirtschaftsleben zu sozialisieren und zu demokratisieren. Die Arbeiter- oder Betriebsräte, die wir heute fordern, bedeuten im Grunde genommen nur eine Fortentwicklung und eine Verwirklichung des Gedankens, der auch in den Arbeiterausschüssen lebte. Arbeiterausschüsse und Betriebsräte unterscheiden sich nicht ihrem Wesen nach, sondern lediglich nach dem Grade ihrer Macht und ihres Einflusses. Wenn heutzutage die Arbeiterräte einen größeren Einfluß haben innerhalb der Betriebe als die früheren Arbeiterräte, so liegt dies daran, daß die Macht der Arbeiterklasse durch die Revolution bedeutend gewachsen ist.

Solange wir eine deutsche Gewerkschaftsbewegung haben, beobachten wir den Willen, die Alleinherrschaft des Unternehmertums auf wirtschaftlichem Gebiete zu brechen. Schon in dem Frankfurter Parlament, das nach der Revolution von 1848 gewählt wurde, ließ ein Antrag ein, die Arbeiter zur „Witberwaltung in den Betrieben“ heranzuziehen. Die bald hereinbrechende Reaktion machte den Antrag zunichte, aber der Drang der Arbeiterschaft zum Mitbestimmungsrecht blieb nach wie vor reger. Die Regierung sah sich schließlich genötigt, den Forderungen der Gewerkschaften entgegenzukommen und ihnen ein gewisses Mitbestimmungsrecht in den Großbetrieben einzuräumen. Zu die Gewerbeordnung wurde im Jahre 1891 eine Bestimmung aufgenommen, wonach in den Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten ein Arbeiterausschuß gewählt werden sollte. Leider fehlte es der Arbeiterschaft in den meisten Betrieben an dem nötigen Zusammenhalt und der daraus entspringenden Macht, um sich einen wirklich mitbestimmenden Einfluß zu erwerben, und so blieben denn die meisten Arbeiterausschüsse Kullissen, hinter denen sich Unternehmer und Betriebsleiter verkrochen, um auch weiterhin nach Willkür und Laune schalten und walten zu können. Nur in wenigen Fällen gelang es den Arbeiterausschüssen, sich die Stellung zu erkämpfen, die ihnen geschicklich zustand.

Der Drang nach einem Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft innerhalb des Betriebes hatte seine Ursache in dem allgemeinen Drang zur Demokratisierung, der unserer Zeit den Stempel aufdrückt. Wie auf politischem Gebiete die Alleinherrschaft der Fürsten immer mehr beseitigt und die Masse des Volkes immer mehr zur Mitbestimmung und zur Mitarbeit herangezogen wurde, so sollte auch auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens mit der Alleinherrschaft des Unternehmertums gebrochen und der Arbeiterschaft ein möglichst weitgehendes Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden. Man erstrebte die Wirtschaftsdemokratie, die konstitutionelle Fabrik, das heißt, man wollte innerhalb der Betriebe, in Anlehnung an den Konstitutionalismus im Staate, eine Einrichtung schaffen, die den Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit gab, ihr wirtschaftliches Interesse gegenüber dem Unternehmertum zu vertreten. Die Arbeiterausschüsse sollten ein Gegengewicht bilden gegen die Ausbeutungsgelüste des Kapitals; sie sollten die Arbeiter schützen gegen den Raubbau, den das Ausbeutertum treibt mit der Arbeitskraft und der Gesundheit seiner Lohnsklaven.

Die Begründung dieser Forderung ergibt sich aus dem Wesen der menschlichen Arbeitskraft. Der Kapitalismus hat die Arbeitskraft zu einer Ware degradiert, die er kauft und nach seinem Belieben verwendet. Die denkende Arbeiterschaft will ihr den Warencharakter abstreifen; sie erblickt in ihr eine Fähigkeit, die sie dem Unternehmer zur Benutzung auf längere oder kürzere Zeit überläßt. Sie

betrachtet den Arbeitsvertrag nicht als einen Kauf, sondern als einen Leihvertrag. Ganz folgerichtig behält sie sich deshalb das Eigentums- und Verfügungsrecht über die Arbeitskraft vor; sie erlaubt dem Kapitalisten, daß er die Arbeitskraft gebraucht, aber sie verbietet ihm, daß er sie mißbraucht. Um die Verwendung der Arbeitskraft durch den Unternehmer kontrollieren zu können, muß die Arbeiterschaft eines Betriebes das Mitbestimmungsrecht haben, damit sie ein entscheidendes Wort mitzusprechen hat über die Art und Weise, wie die Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt werden sollen. Alles das, was sich auf die Verwendung der Arbeitskraft im Arbeitsprozeß bezieht, soll der Kontrolle des Arbeiterausschusses unterliegen — das war die Absicht, die der Forderung einer Betriebsdemokratie zugrunde lag.

Bekanntlich soll der Betriebsrat noch bedeutend weitergehende Vollmachten und Funktionen haben. Er soll den gesamten Betrieb auf seine Wirtschaftlichkeit und Rentabilität hin überwachen und auf das gesamte geschäftliche Schicksal der Betriebsleitung einen mitbestimmenden oder gar alleinbestimmenden Einfluß ausüben. Ansofern in der Betriebsratsgedanke nur eine folgerichtige Ausdehnung und Erweiterung des Arbeiterausschußgedankens, die sich naturgemäß vollzieht unter der Einwirkung der heftigen proletarischen Revolution. Die neuen Räte des Betriebsrates entspringen aus der neuen Macht des Proletariats; sie sind ein Erzeugnis der veränderten politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse. So zeigt sich auch hier wieder, daß sich unsere gesamte Entwicklung in den durch die inneren Gesetze des sozialen und wirtschaftlichen Lebens vorgeschriebenen Bahnen vollzieht, daß eine Revolution nichts vollständig Neues schaffen kann, sondern daß sie lediglich die bestehenden Hindernisse hinwegräumt und dem Fortschritt die Bahn öffnet. Darum ist es unbillig, die früheren Bestrebungen und Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung gering zu schätzen und die Betriebsräte als ein Erzeugnis der Revolution zu betrachten. Sie sind lediglich eine Frucht, die seit Jahrzehnten herangereift und nun endlich reif geworden ist.

## Herbste des Lebens.

Keusend streicht der Wind durch Wälder und Gehäup. Ungestimt reißt er nieder, was noch vorhanden an letztem Leben. Herbst ist's. Das Alte nicht.

So ist im Laufe des ewigen Naturlebens ungezählte Male das Alte gestorben, ungezählte Male war Herbst, und weil so oft Herbst war, wurde möglich die Entfaltung. Einweg muß das Alte, Ueberlebte, damit Neues werden kann. Die Sonne kann nicht verjüngt emporsteigen zu neuer Pracht, ohne den Untergang des alten Seins.

Und so wehen auch Stürme des Geschehens durch das Menschensein. Welt vergeht auf Welt. Wir hatten die Steinzeit, die Eiszeit; wir hatten die griechische, die christliche Kultur wie die Kultur der Renaissance. Untergangen ist alles, und doch lebt es im Neuen.

Die Natur ist revolutionär. Nur durch Untergang läßt sie Neues werden. Wohl schlingt sich das werdende Neue herauf am Alten, doch nur an dem Alten, das die Keime zu Neuem in sich trägt. Seine Lebenskraft trägt es in ihm selber; selbständig geht es seinen eigenen Weg neben dem Alten und stößt es nieder, wenn die Zeit für das Neue erfüllt ist.

So wird es bleiben bis in Ewigkeit. Das ist das Naturgesetz alles Geschehens, alles Werdens, alles Reisens. Während Altes noch ist, ist Neues im Keimen, und immer wieder stirbt das Alte, damit Neues werden kann. Aber wie der Grundgedanke alles Werdens und Vergehens keine organische Entwicklung war, so wird auch in Zukunft bis in die fernsten Zeiten das organische Prinzip die Grundidee alles Werdens sein. Eine alte Welt geistigen Lebens wird ewig vergehen, damit immer schöner, immer inniger die Einheit wird. Immer mehr wird aus den Tiefen des Menschenherzens und des Menschenhirns herausdrängen ein neuer Frühling, immer wärmer wird die Sonne alles Menschendseins auf die Sonne folgen, immer wärmer, immer liebender wird die Liebe werden, das ewige Menschensein. Ewiges Leben! Ewiges Menschsein: zur Liebe! Dr. Gerhard Hoffmann.

### Der niederländische Malerverband.

Auf Ersuchen unseres internationalen Sekretärs an die ausländischen Bruderorganisationen, nachdem das erste „Friedensjahr“ hinter uns liegt, einen Bericht über die Lage der Organisation und die Verhältnisse des Gewerbes zu senden, sind bereits mehrere Nachrichten eingelaufen. Wir geben die Berichte auch im „Vereins-Anzeiger“ bekannt, da wir wissen, mit welchem Interesse unsere Kollegen die Berufsverhältnisse der dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Bruderverbände verfolgen. Aus dem Bericht des niederländischen Malerverbandes entnehmen wir folgendes: Die Mitgliederzahl hat sich erfreulich gehoben. Am 1. Januar 1919 zählten wir 1678 Mitglieder in 74 Zahlstellen; am 1. November konnten wir 8950 Mitglieder in 103 Zahlstellen notieren; also ein Zuwachs von 1277 Mitgliedern oder 27 pSt. Durch rege Propaganda gelang es uns, diese Resultate zu erreichen. Seit 1912 hatten wir keine so starke Steigerung der Mitgliederzahl durchgemacht. Auch sonst ist unsere Frühjahrsagitation für Wohnerrhöhung, Arbeitszeitverkürzung usw. mit gutem Erfolge beendet worden. Im allgemeinen war die Lage der holländischen Maler eine äußerst schlechte zu nennen. Nach vielen, schwierigen Kämpfen war es unsern Malerverbänden gelungen, ein wenig Besserung zu schaffen. Die gewaltige Teuerung aller Lebensbedürfnisse, die seit Beginn des Weltkrieges eingetreten, machte es zur Notwendigkeit, dementsprechende Lohnerrhöhungen zu fordern. In allen Städten und Dörfern wurden den Meistervereinen diese Forderungen unterbreitet. Wir glaubten, das Frühjahr 1918 werde uns eine Zeit vieler, schwerer Kämpfe mit den Meistern in zahlreichen Orten bringen. Unser Hauptvorstand richtete sich danach ein. So waren in dem Haag bereits im März die Maler mobil, da die Meister die Forderungen der Gehilfen nicht bewilligen wollten, als für das gesamte Malergewerbe ein wichtiges Ereignis eintrat. Schon 1918 brachten die Meisterverbände zu unserer Kenntnis, daß sie einen Kollektivvertrag für das ganze Land wünschten. In den ersten Monaten dieses Jahres werden die Verhandlungen mit den Meisterverbänden geführt und anfangs April kam ein Reichskollektivvertrag zum Abschluß. Durch diese Tatsache sind wesentlich große Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis durchgeführt. Wohl bekamen wir nicht augenblicklich den Achtstundentag, aber es wurde eine Verordnung erlassen, die den Achtstundentag für die größten Städte festlegte. Dies ist im Sommer 1919 der Fall gewesen in Amsterdam, dem Haag und am 1. November in Rotterdam, Haarlem, Delft, Schiedam und Usterfoort. Die größte Zahl unserer Mitglieder und die übrigen Gehilfen wird also 1919 den Achtstundentag bekommen und es ist erreicht worden, daß die Arbeit am Samstag um 12 Uhr beendet wird.

Die wichtigsten Punkte dieses Kollektivvertrages sind: 1. Eine bedeutungsvolle Wohnerrhöhung (sie belief sich auf 40 bis 60 pSt.). 2. Erhebliche Arbeitszeitverkürzung in allen Orten. 3. Durchführung des freien Samstagnachmittags. 4. Krankenunterstützung (70 pSt. des Lohnes). 5. Verpflichtung des Meisters, den Lohn zu bezahlen bei Regenwetter, wenn nicht gearbeitet werden kann. 6. Für alle Gehilfen und Meister ist der Vertrag bindend.

Nicht überall konnten wir ohne Streik die neuen Arbeitsverhältnisse durchführen. In 5 Städten kam es zum Streit, der aber nach einigen Wochen überall mit günstigem Erfolg endete. In vieler Hinsicht ist das Jahr 1919 von besonderer Bedeutung für das niederländische Proletariat. Die gewaltige Umwälzung in Deutschland ist nicht ohne Einfluß auf unsere Arbeiterbewegung geblieben. Wegen der Durchführung des Achtstundentages, von Wohnerrhöhung usw. kam es in vielen Betrieben zu Streiks. Dabei wurden den holländischen Regierung Forderungen gestellt, den Achtstundentag gesetzlich einzuführen und weitere soziale Fürsorge im Interesse der Arbeiterklasse zu treffen. Geschieht ist der Achtstundentag vom Parlament durchgeführt und auch in anderer Hinsicht sind Verbesserungen eingetreten. Eine Invaliditäts- und Altersfürsorge ist eingeführt, auch die Arbeitslosenunterstützung ist wesentlich verbessert worden. Die sozialistische Arbeiterbewegung, die seit Jahr und Tag für den Achtstundentag agitiert hatte, kann mit diesem Resultate zufrieden sein.

Für unser Gewerbe mit seiner alljährlich auftretenden großen Arbeitslosigkeit ist die höhere Unterstützung von Wichtigkeit. Die wöchentliche Unterstützung ist von 30 pSt.

auf 70 pSt. des Lohnes erhöht und der Anspruch auf diese Unterstützung von 86 Tagen auf 70 Tage verlängert worden. Weiter ist noch zu berichten, daß sich die Konjunktur für unser Gewerbe seit Frühjahr dieses Jahres wesentlich verbessert hat. Hatte unser Verband im Oktober 1918 noch 800 Arbeitslose, so zählten wir im gleichen Monat dieses Jahres nur 40 arbeitslose Mitglieder. Auch die kommende Zeit dürfte für unser Gewerbe gut sein, und doch im Niederlande zufolge des großen Wohnungsmangels viel gebaut werden. Das bringt notwendig auch viel Arbeit für Anstreicher und Maler. Jetzt bereiten wir eine weitere Aktion zur Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für kommende Jahr vor und haben auch für diese Wintermonate bei den Meisterverbänden Forderungen auf Wohnerrhöhung gestellt. Mit Interesse folgen wir den Ereignissen im Ausland. Aus dem „Vereins-Anzeiger“ können wir uns fortlaufend über die Lage unserer deutschen Kollegen unterrichten; mit Freude haben wir gesehen, daß unser Verband wieder kräftig an Mitgliederzahl erstarkt ist. Es ist uns klar, daß die deutsche Arbeiterklasse einen besonders schweren Kampf zu führen gegen eine Welt von Feinden unter den ungünstigsten Umständen hat. Die Hungerblockade machte es unmöglich, daß das wirtschaftliche Leben wieder in gute Bahnen geleitet wurde. Es ist selbstverständlich, daß nun Lebensmittel in erster Linie dem deutschen Volk geliefert werden müssen. Es ist daher Pflicht der Arbeiterbewegung in den Ententeländern, diese Hungerblockade zu zerbrechen. Gelingen wir, daß es ihnen bald gelingt. Gewiß schwer ist der Kampf der Arbeiter auch in den Ententeländern gegen den siegreichen Kapitalismus. Sorgen wir, daß die internationale Organisation der sozialistischen Arbeiterbewegung immer stärker wird; dies ist der Weg, wodurch der Kapitalismus bekämpft werden muß. Nur die Arbeiterklasse kann den Völkerrieden gründen und Glück und Wohlfahrt zurückbringen, was heute Hunger und tiefes Elend vorhanden. In der kommenden Zeit mögen auch die Maler und Anstreicher bestrebt sein, ihre Internationale zu stärken durch neue Verbindungen mit den Kollegen auch in den Ententeländern. Im Namen des niederländischen Malerverbandes entbiete ich herzliche Grüße an unsern deutschen Kollegen. Hoch eure Organisation!

U. J. D o o p e s, Sekretär.

### Lohnbewegungen und Streiks.

Der große Kampf im Berliner Metallgewerbe ist beendet worden, nachdem der Ruf zum Generalstreik als letztes Mittel versagt hatte. 8 Wochen lang haben die beteiligten Arbeiter in treuer Kampfgemeinschaft zusammengehalten. Wenn es ihnen auch nicht gelang, ihre Forderungen vollständig durchzusetzen, was hauptsächlich auf die ungünstige Wirtschaftslage zurückzuführen ist, so sind doch die erzielten Erfolge beachtenswert. Der von den Metallindustriellen geplante Abbau der Löhne ist abgelehnt, nach dem Schiedsspruch vom 2. November findet eine teilweise Erhöhung der Löhne statt. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Die Ausschussmitglieder sind wieder wählbar. — Nun heißt es, einig und fest zusammenhalten in der Organisation, um neue Kräfte zu sammeln für die künftigen Kämpfe.

Am 17. November ging uns von der Filiale Augsburg ein kurzer Bericht zu, aus dem hervorgeht, daß eine Mitglieder-versammlung eine Resolution annahm, die den im Kampfe stehenden Berliner Kollegen ihre volle Sympathie ausdrückt und sie ersucht, im Kampfe auszuhalten bis zum endgültigen Sieg. Eine vorgenommene Sammlung ergab eine stattliche Summe, die in Streikfondsmarkten umgewandelt wurden.

Schleuditz. Mit der Errichtung einer Zahlstelle unserer Organisation wurde gleichzeitig ein Ortstarif abgeschlossen mit einem Grundlohn von M. 2, zu dem eine Teuerungszulage von 80 % gewährt wurde. Die Zahlstelle gehört zur Filiale Leipzig, von deren Verwaltung auch der Tarifabschluß erfolgte.

Leipzig. Zwischen der Vereinigung der Fahrzeugeindustriellen zu Leipzig und den Verbänden der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Maler und Sattler ist eine Vereinbarung getroffen worden, die am 1. November in Kraft trat und bis 31. Januar 1920 unkündbar ist. Danach beträgt unter anderem die wöchentliche Arbeitszeit 46 Stunden, und zwar von Montag bis Freitag je 8 Stunden, am Sonnabend 6 Stunden.

Die Mindestlöhne betragen: a) für Facharbeiter über 24 Jahre M. 2,85, von 19 bis 24 Jahren M. 2,65, unter 19 Jahren M. 2,30; b) für Hilfsarbeiter über 24 Jahre M. 2,00, von 19 bis 24 Jahren M. 1,70, unter 19 Jahren M. 1,40; c) für Facharbeiterinnen über 18 Jahre M. 1,50, unter 18 Jahren M. 1,40, unter 18 Jahren M. 1,30.

Vorstehende Löhne sind Mindestlöhne, leistungsfähigere und qualifizierte Arbeiter und Arbeiterinnen müssen ihrer Leistung entsprechend höher entlohnt werden.

Vom 1. Januar 1920 an werden die vorstehend genannten Mindestlöhne um 10 % vom 1. Februar an nochmals um 10 % erhöht. Überstunden dürfen nur mit Zustimmung der Arbeiterausschüsse gemacht werden. Es sind für die ersten beiden Überstunden 80 pSt. Zuschlag, für jede weitere Überstunde und Sonntagsarbeit 80 pSt. Zuschlag zu zahlen. Bei Neueinstellung von Arbeitern sind nur die im Ortsbestimmlichen paritätischen Arbeitsnachweise zu benützen.

Galle. Mit der Firma Rathe, der Waggonfabrik von Lindner und den landwirtschaftlichen Maschinenfabriken Zimmermann und Drescher wurde vereinbart, daß vom 1. November an die Löhne für Arbeiter über 24 Jahre um 25 %, für Arbeiter unter 24 Jahren um 15 %, für weibliche Arbeiter um 10 bis 15 % erhöht werden. Unter diesen neuen Bedingungen arbeiten etwa 70 bis 75 Ladlerer und Anstreicher. Bei der obengenannten Firma Rathe sind die Löhne im allgemeinen um 6 % höher, und es wird unterschieden zwischen Facharbeitern, angeleiteten und ungeleiteten Arbeitern.

Hamburg. (Schildermalerverbranch.) Unsern Kollegen aus der Schildermalerverbranche sind wir sehr dankbar, daß sie mit ihrem Urteil auf eine Teuerungszulage von 60 % pro Stunde. Damit ist der Mindestlohn auf M. 3 pro Stunde gefallen.

(Ladlerer.) Für einen Teil unserer in der Waggonladlerbranche beschäftigten Kollegen ist gemeinsam mit den übrigen am Wagenbau beteiligten Arbeitern ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Gegenstand ist der „Bund der am Wagen- und Automobilbau beteiligten Arbeiter der Groß-Hamburgs e. V.“ Der Tarif hat Gültigkeit rückwirkend vom 1. Oktober bis 31. März 1920. Derselbe bestimmt unter anderem: Die Arbeitszeit beträgt an allen Werktagen 8 Stunden, sie darf nicht vor 7 Uhr morgens beginnen und nicht nach 6 Uhr abends endigen. Vor den hohen Festtagen, auch vor dem 1. Mai, ist zwei Stunden früher Arbeitslohn. Überstunden werden nur in Ausnahmefällen und Notfällen geleistet. Sie werden mit 25 pSt., Nachtarbeit mit 50 pSt. und Sonntagsarbeit mit 100 pSt. Aufschlag vergütet. Die Stücklohngrundlage ist der Stundenlohn, zusätzlich 10 pSt. Bei der Festsetzung des Stücklohnes haben die Vertrauensleute beziehungsweise Betriebsräte mitzuwirken. Die Löhne sind für alle Berufe die gleichen: für selbständige Ladlerer M. 2,90 und für die übrigen Vollarbeiter M. 2,70; für Ausgelernte M. 2,10 bis 2,50. Ungeleitete Arbeiter, die 4 Jahre lang unterbrochen die Arbeiten eines Facharbeiters ausführten, haben Anspruch auf den Lohn eines solchen. Bei Arbeitern, die wegen Alters oder Gebrechens nicht im Vollbesitz ihrer Leistungsfähigkeit sind, unterliegt die Festsetzung des Lohnes der freien Vereinbarung unter Mitwirkung der Vertrauensleute beziehungsweise Betriebsräte. Jeder Arbeitnehmer hat einmal im Jahre Anspruch auf Ferien unter Fortzahlung des Lohnes. Die Dauer der Ferien ist: Nach einer ununterbrochenen Beschäftigungsdauer von einem Jahre 8 Tage, nach weiterer Beschäftigungsdauer von je einem Jahr je ein Tag mehr, bis zur Höchstgrenze von 8 Tagen. Die Beschäftigungsdauer vor dem Kriege wird angerechnet. Bei Ausgelernten, die bei ihrem Arbeitgeber bleiben, wird die Lehrzeit angerechnet. Fehlen infolge ärztlich bescheinigter Krankheit, Aussehen mit Genehmigung des Arbeitgebers sowie militärische Dienstleistungen gelten nicht als Unterbrechung der Beschäftigungsdauer. Wird der Arbeitnehmer, der Anspruch auf Ferien hat, entlassen, so werden dieselben abgeköhlt; legt derselbe die Arbeit freiwillig nieder, so entfällt der Anspruch auf Ferien. Für die Durchführung der Bundesratsvorschriften vom 27. Juni 1906 betreffs Verhütung von Bleivergiftung ist Sorge zu tragen. Bei Streitfällen wird von Fall zu Fall ein Einigungsamt, bestehend aus je 3 Arbeitgebern und 3 Arbeitnehmern, eingesetzt. Er hat nach Anhörung der Parteien eine Entscheidung zu treffen, der sich diese zu unterwerfen haben. Es ist dies der erste Tarif, den unsere Kollegen aus den Wagenfabriken gemeinsam mit ihren Betriebskollegen abgeschlossen haben.

### Erinnerungen an hugo haase aus alter Zeit.

Unter dem gegen die Sozialdemokraten im Jahre 1878 erlassenen Ausnahmengesetz hatten die Genossen nicht allein in den Städten, wo der Belagerungsstand verhängt war, unter der Brutalität der Polizei und anderer Behörden zu leiden, sondern auch in den kleineren Ortschaften. In Ostpreußen waren es in den ländlichen Bezirken die Orts- und Amtsvorsteher mit den Gendarmen, die jeder Agitation für unsere Partei mit allen Mitteln entgegenarbeiteten. Es wurden die schäblichsten Maßregeln angewendet, um die Agitatoren aus den Städten von den Landbezirken fernzuhalten. Der derzeitige Führer der Königsberger Genossen, der zu allen Zeiten bereit Schloßherrmeister Paul Godau, hatte in dieser schweren Zeit des Schandgesetzes nur eine kleine Schar von ländlichen Genossen, die die Kleinarbeit in der Stadt und den Landbezirken zu verrichten hatten.

Ich befand mich 1887 in Hamburg, wo der Belagerungsstand sowie die Strafen des damaligen Polizeiministers Buttiker in rigoroser Weise gehandhabt wurden. Fast wöchentlich wurden tätige Genossen auf Grund des Sozialistengesetzes ausgewiesen und mußten sich eine neue Heimat suchen. Der Richter Gustav Sloimke, ein Döpreuße und Vorsitzender des dortigen Jahversins, hatte auch den Ausweisungsbefehl erhalten. Er sollte binnen 24 Stunden das Gebiet Hamburg verlassen. Eine Hausdurchsuchung durch die Polizei war in dieser Zeit auch bei mir gewesen, und da einige Nummern des sächsischen Sozialdemokraten, die ich weiter zu geben hatte, bei mir gefunden wurden, hatte ich die Ausweisung zu erwarten. Sloimke und ich entschlossen uns, die alte Döpreuenstadt Königsberg als vorläufiges Ziel unserer Reise zu wählen, und zwar auch deshalb, weil uns aus der Parteireise bekannt war, daß in dieser Provinz Mangel an Genossen war, die

keine Arbeit scheuten, wenn es sich darum handelte, für die Sozialdemokratie einzutreten. Wir meldeten uns bei dem leider so jung verstorbenen Führer unserer Partei, dem Schloßherrmeister Paul Godau, der unsern Ausweis prüfte und uns herzlich aufnahm. Bald war eine Sitzung der wenigen Parteigenossen, die in der Geheimorganisation vertreten waren und in dieser Zusammenkunft lernte ich den Genossen Hugo Haase, Referendar, kennen. Bei den damaligen sogenannten Faschingswahlen zum Reichstag hatten die bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie den schärfsten Kampf aufgenommen. Wir wußten, daß wir einen harten Stand hatten, denn nur 6 Wochen vor den Reichstagswahlen hatten wir einige Versammlungs- und Redefreiheit; nach dieser Frist hatten wir wieder schwerer unter dem Ausnahmengesetz zu leiden. Nun hieß es mit doppelter Kraft und Ausdauer die Aufklärungsarbeit für die Partei zu verrichten und unsere Stimmen im Lande nicht nur zu halten, sondern auch zu vergrößern.

Genosse Hugo Haase und wir weiteren drei Genossen hatten den Auftrag, einige Meilen ab von Königsberg mehrere Dörfer mit Flugblättern zu besetzen. Uns war gesagt, daß wir möglichst zusammen bleiben sollten, um die häufig gegen uns aufgelegte Landbevölkerung abzuwehren zu können. Es war keine Seltenheit, daß unsere Genossen von solcher Werbearbeit des Abends mit verbundenen Köpfen zurückkehrten. Dazu kam der ostpreussische Winter mit den schlechten Landstrassen, der Kälte und dem hohen Schnee. Als wir im Laufe des Tages trotz mancher Widerwärtigkeiten eine gute Arbeit verrichtet hatten, ereilte uns in einem größeren Dorfe unser Schicksal. Der Landgendarm verbot uns jede weitere Tätigkeit und verlangte unsere „Legitimation“. Unser Genosse Haase wollte den Beamten erläutern, daß in dieser Zeit vor den Reichstagswahlen seine Maßnahmen ungefährlich seien; aber es hatte keinen Erfolg. Ein ostpreussischer Gendarm behauptete in jener schweren Zeit alle Rechte. Wir wurden verhaftet. Unter dem Geleit der Dorfjugend wurden wir ab-

geführt und in das Spritzenhaus gesperrt. Wir waren seit 7 Uhr früh unterwegs, und der nicht allzu große Mundvorrat war aufgebraucht. Ermüdet und hungrig mußten wir uns mit dieser Lage abfinden. Der Gastwirt am Orte war gegen uns aufgekehrt worden und lehnte es ab, uns etwas zu essen zu geben.

Im Spritzenhaus hatten wir ein Lager von Stroh. Um die Kälte von uns abzuhalten, machten wir in Abwechslung einige Raufunden um die Spritze, bis uns vor Hunger die Kräfte verließen. Dann legten wir uns wieder eng beieinander auf das Stroh. Am andern Morgen wurden wir dem Amtsvorsteher vorgeführt, der uns eine große Standrede hielt mit dem Ersuchen, uns in seiner Landgegend nicht mehr blicken zu lassen. Bei unserer Zurückwanderung kamen wir noch an dem Landgut des Genossen Herbig auf Amalienhof bei Königsberg vorbei und erzählten diesem alten Freund unser Abenteuer, worauf wir reichlich mit Speise und Trank bedacht wurden.

Nach 32 Jahren, im Oktober 1918, erhielt ich vom Genossen Haase wieder ein Lebenszeichen. In einem Briefe an mich erinnerte er an die damaligen Wahlkämpfe in Ostpreußen und an den gegenwärtigen Bruderkampf in unsern Reihen, den er schmerzlich bedauerte.

Sätkte die alten Genossen in der damaligen schweren Zeit solche Bruderkämpfe geführt, dann hätten wir wohl keine Volkspublik, keinen Achtstundentag für die Arbeiter und keine sonstigen Errungenschaften im Wirtschaftsleben. Es wird die höchste Zeit, daß die Arbeiterklasse sich bekennt, wozu dieser unfähige Bruderzwist führt. Die alte Geschlossenheit und der Opfermut wie einst unter dem Sozialistengesetz tut uns not, sonst kommt eine Zeit, die kein Freiheitskämpfer herbeisehnen kann. Möge die Einigkeit bald kommen! Alle denkenden Genossen, denen unser Ziel am Herzen liegt, müssen sich in ihren Dienst stellen.

Franz D i e s o p f.

Aus unserm Beruf.

Frankfurt a. M. Am 12. November tagte unsere vier-
tägliche Generalversammlung. Aus dem Geschäftsbericht
des Kollegen U u h ist zu entnehmen, daß die Hauptaufgabe
der Organisation auch im 8. Quartal darauf gerichtet war,
gegenüber der fortwährenden Preissteigerung für alle Lebens-
mittel und Bedarfsartikel einen Ausgleich durch Erhöhung
der Löhne im Beruf herbeizuführen. Im Beginn des Quar-
tals war der Stundenlohn einschließlich Teuerungszulage in
den Lohngebieten Frankfurt, Offenbach, Hanau, Homburg,
Rechenheim und Neu-Heuburg allgemein auf M. 2,20 für
Gehilfen über 20 Jahre festgesetzt. In dem gleichfalls zum
Frankfurter Filialgebiet gehörenden Lohngebiet Höchst konnten
die genannten Lohnsätze erst am 1. August zur Durchführung
gebracht werden. Für einige kleinere Orte wurden neue
Verträge abgeschlossen, ebenso für die Branchen der Möbel-
lackierer und Schildebinder. In der chemischen Industrie
und in der Metallindustrie wurden gemeinsam mit den andern
in Betracht kommenden Verbänden für die dort beschäftigten
Lackierer und Weißbinder ebenfalls neue Verträge abgeschlossen.
Mit der britischen Meisterorganisation wurden im September
Verhandlungen geführt über eine weitere Teuerungszulage.
Das Ergebnis war in allen Lohngebieten eine vorläufige
Teuerungszulage von 30 % die Stunde mit Ausnahme des
Lohngebietes Hanau, wo die Zulage 20 % beträgt. Die
eigentliche Festsetzung der Teuerungszulage war den zentralen
Verhandlungen, die allerdings von den Arbeitgebern sehr
verzögert wurden, überlassen. Dem Gehringswesen
wurde größere Aufmerksamkeit gewidmet und eine Jugend-
abteilung gebildet, der zurzeit 46 Lehrlinge beigetreten sind.
Durch Verhandlungen mit der Arbeitgeberorganisation wurden
die Lehrlingslöhne auf 40 % im ersten Jahr, 60 % im zweiten
Jahr und 80 % im dritten Jahr festgesetzt. Die Mitglieder-
zahl betrug am Schlusse des 8. Quartals 2902. Gegenüber
dem vorigen Quartal ist eine Zunahme von 149 Mitgliedern
zu verzeichnen. Den Kassenbericht gab der Kassierer Kollege
M i l l e r. Die Einnahmen betragen M. 50 984,87, die Aus-
gaben M. 84 382,55. Der Vorkassentbestand beträgt M. 18 621,82.
Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig
Entlastung erteilt. Kollege B i m m e r a n n berichtete so-
dann über die am 18. Oktober vor dem Reichsarbeits-
ministerium stattgefundenen zentralen Verhandlungen; für
die Städte über 10 000 Einwohner wurde eine Teuerungszu-
lage von 40 % die Stunde vereinbart. 20 besonders
benannte Orte erhalten 50 %. Siedte unter 100 000 Ein-
wohnern 30 % vorbehaltlich der Zustimmung der Gesamt-
organisation der Arbeitgeber. Da die Zustimmung der
Gesamtorganisation der Arbeitgeber zu der zentralen Ver-
einbarung nunmehr vorliegt, sind für das Lohngebiet Frank-
furt a. M. weitere 10 % zu gewähren, so daß demnach der
Stundenlohn für Gehilfen über 20 Jahre M. 2,80 und für
Gehilfen unter 20 Jahren M. 2,47 beträgt. Nachdem sowohl
der Vorsitzende als auch die Diskussionsredner auf die Not-
wendigkeit der Einheit und Geschlossenheit der Organisation
als Vorbereitung für den Erfolg unseres Verbandes hin-
gewiesen hatten, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Görlitz. Unsere letzte Mitgliederversammlung beschäf-
tigte sich im besonderen mit dem Gebaren unserer Arbeitgeber
am Orte. Der Vorsitzende berichtete über unsere Maßnahmen,
um dem zentralen Schlichterspruch Rechnung zu tragen, und
daß es notwendig wäre, örtliche Verhandlungen über die
Höhe der Teuerungszulage und den Zeitpunkt deren Inkraft-
setzung einzutreten. Die Arbeitgeber sind aber ganz anderer
Meinung. Noch immer glauben sie, allein bestimmen zu
können. Man ignoriert einfach unsere Wünsche und glaubt,
jeht besonders dazu veranlaßt zu sein, da ja Winter ist. So
beschlossen die Arbeitgeber: Görlitz ist Landstadt und zählt
nur 20 % Teuerungszulage. Basta! Jeder göttliche Versuch,
die Herren den gerechten Forderungen unserer Kollegen zu-
gänglich zu machen, namentlich die Herbeiführung einer
örtlichen Verhandlung, blieb erfolglos. Man lehnte unser
Verlangen damit ab, von ihrer Zeitung in Hamburg sei ihnen
verboden, einem solchen stattzugeben. Scheut man denn eine solche
Aussprache, die einmal das Recht und die Wahrheit über den
Notstand unserer Kollegen kundgeben wird? Mit leeren
Auszügen oder auch gar dem Schein des sozialen Empfindens
sich gebend, bessert man nicht unser Glend. Zu klar erkennen
unsere Kollegen die heutige Situation. Wollen unsere Arbeit-
geber der neuen Zeit nicht Rechnung tragen, sich nicht eines Besseren
belehren lassen, also keine ruhige Entwicklung unseres Berufes,
so trifft sie für alle sich daraus ergebenden Möglichkeiten allein
das Verschulden. Unsere Kollegen werden sich nicht eher
aufreiben geben, bis man sie als gleichberechtigten
Faktor im Wirtschaftsleben voll anerkennt.

Hannover. (K a s s i e r e r.) Zwei gut besuchte Sektions-
versammlungen, die sich hauptsächlich mit der zweiten Lackierer-
konferenz respektive der Wahl des Delegierten beschäftigten,
fanden am 30. Oktober und 10. November im „Volkshaus“ statt.
In der am 30. Oktober abgehaltenen Versammlung referierte
der Sektionsleiter, Kollege Bugdrowitz, über die Aufgaben der
zweiten deutschen Lackiererkonferenz. Diese seien wesentlich andere
als die der Leipziger Konferenz 1911. Vieles, was damals,
namentlich auf dem Gebiete des Tarifwesens und des Mit-
bestimmungsrechts, als erstrebenswert galt, sei heute nicht
nur reiflos erfüllt, sondern sogar weit überschritten worden.
Während 1911 kaum 10 pSt. der im Lackiererberufe tätigen
Kollegen unter tariflichen Bedingungen arbeiteten, sei die
Entwicklung heute bereits viel weiter fortgeschritten. Die
Einkaufsverträge seien an vielen Orten, namentlich in der
Großindustrie, durch Kollektivverträge abgelöst, welche die
Lohn- und Arbeitsbedingungen ganzer Wirtschaftsgebiete
einheitlich regeln. Es müsse die Aufgabe der Konferenz
sein, Mittel und Wege zu finden, um die Interessen unserer
Kollegen bei derartigen großen Vertragsabschlüssen wirksam
zu vertreten. Redner verbreitete sich sodann über das Er-
gebnis der aufgenommenen Statistik für Hannover. Mit
Genugtuung könne konstatiert werden, daß sämtliche in Fabrik-
betrieben beschäftigte Kollegen unserm Verbande angehörten.
Die Lackiererkonferenz zähle jetzt 260 Mitglieder, gegenüber
163 im Jahre 1911. Daß dieses auch in Zukunft so bleibt,
müsse unser aller Bestreben sein. Der Redner erläuterte
sodann die von der Sektionsleitung vorgeschlagenen Anträge
zur Konferenz, die sich mit unserm „Vereins-Anzeiger“, der
Interessenvertretung unserer Kollegen bei Vertragsabschlüssen
in der Metallindustrie, mit ähnlichen Maßnahmen zum Schutz

gegen Berufsgefahren sowie mit der Vertretung unserer
speziellen beruflichen Fragen im Hauptvorstande befassen. —
Nach eingehender Aussprache wurden sämtliche Anträge an-
genommen. Als Kandidaten aufgestellt wur.: in die Kollegen
Weinert, Rennemann und Bugdrowitz. — In der am
10. November abgehaltenen Versammlung hielt zunächst der
Gewerkschaftssekretär, Genosse Bod, einen Vortrag über
„Kommunismus und Syndikalismus“. Redner gab einen ge-
schichtlichen Überblick über den Werdegang des Kommunis-
mus von der Zeit Platos bis auf heute, schilderte die ver-
schiedenen kommunistischen Epochen des Mittelalters, die
Utopie des Thomas Morus, die Bewegung der Münsterischen
Widerläufer usw., verbreitete sich sodann über die verschiedenen
Richtungen des Sozialismus, Anarchismus und Syndikalismus
und erläuterte zum Schluß das Streben der in letzter Zeit
aufgetauchten „Arbeiter-Union“, die ihre Organisation als
das Allheilmittel gegenüber allen wirtschaftlichen Nöten
empfehle. In der Diskussion wurde mitgeteilt, daß sich auch
auf dem Eisenwert Müßburg 8 Kollegen den Unionisten an-
geschlossen hätten, doch sei zu hoffen, daß dieses wieder rück-
gängig gemacht würde. Die unheilvolle Spaltung der Ar-
beiterschaft dürfe nicht auch auf die Gewerkschaften übertragen
werden, denn davon haben nur die Unternehmer den Vorteil.
Im Gegenteil müsse versucht werden, durch die Gewerkschaften,
in denen doch alle politischen Richtungen zusammen arbeiteten,
die feindlichen Kräfte innerhalb der Arbeiterschaft wieder
zusammenzubringen. — Als Delegierter zur Lackiererkonferenz
wurde hierauf der Kollege Weinert gewählt. Nachdem noch
eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten besprochen war,
schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Aufforderung
an die Kollegen, sich zahlreich an dem geplanten Empfangs-
abend zu Ehren der anlässlich der Konferenz in Hannover
weilenden Kollegen zu beteiligen. O. B.

Aus Unternehmerkreisen.

Der Bund deutscher Dekorationsmaler hält aus
Anlaß seines 8. Bundestages in der Zeit vom 15. bis 28. Fe-
bruar 1920 in Dresden eine Ausstellung ab, die
folgende Abteilungen umfaßt: 1. Skizzen und Photographien
über ausgeführte Arbeiten. 2. Möbel. 3. Muster für Wand-
bemalungen. 4. Modelle. 5. Werte der dekorativen Klein-
kunst. 6. Werte der einschlägigen Literatur.

Achtstundentag und Gewerbebeschule. Wie sehr in
Arbeitgeberkreisen gegen die Durchführung des Achtstundent-
ages Sturm gelaufen wird, darüber zu berichten, hatten
wir oft Gelegenheit. Aber damit nicht genug, es sind in
diesen Kreisen auch Bestrebungen im Gange, die darauf
hinauszielen, die Unterrichtszeit in der gewerblichen Fortbildungs-
schule (Gewerbebeschule) für unsere Lehrlinge nicht als
Arbeitszeit anzurechnen. Diese Bestrebungen finden
bei vielen Handwerksmeistern Unterstützung und fanden auch
schon in entsprechenden Beschlüssen von Arbeitgeberverbänden
und in der Presse ihren Ausdruck. So brachte vor kurzem
das „Stuttgarter Tagblatt“ eine Mitteilung, in der der Auf-
fassung des Arbeitsministeriums, daß die Zeit des Fort-
bildungsschulbesuchs als Arbeitszeit angerechnet werden
soll, die Berechtigung abgesprochen wird. Es ist deshalb
anguerkennen, daß die „Württembergische Gewerbeberens-
zeitung“ mit aller Entschiedenheit dieser verkehrten Ansicht
entgegentritt, und zwar, wie sie ausführte, muß dies geschehen
nicht nur im Interesse der Schule und ihrer Lehrer, sondern
ganz besonders auch im Hinblick auf die kommende Neugestal-
tung unseres Fortbildungsschulwesens. Sie sei ganz damit
einverstanden, daß die Zeit des Unterrichts „Arbeitszeit“
sei und sein solle. Ganz und gar verfehrt aber sei der Schluss,
den das „Tagblatt“ hieraus zieht, indem es sagt: „Diese
Unterrichtszeit dient der eigenen Ausbildung der jungen Leute
und ihrer Erhaltung im Erwerbseleben, und ist etwas
grundsätzlich anderes als die Zeit, in welcher der jugendliche
Arbeiter seine Arbeitskraft in den Dienst des Arbeitgebers
stellt.“ Es wäre bedauerlich, wenn es viele Handwerksmeister
gäbe, die sich diesem Gedankengang anschließen, und für
die bei der Haltung von Lehrlingen nur der Gesichtspunkt
leitend sein würde, sie nach Möglichkeit auszunutzen zu können.
Wenn wir uns aus der gegenwärtigen tiefen wirtschaftlichen
Not unseres Vaterlandes wieder emporarbeiten wollen zu
einer beachtenswerten konkurrenzfähigen Stellung auf dem
Weltmarkt, so müßten wir bestrebt sein, die arbeitende Jugend
vom Glend der geistlosen Massenproduktion zu erlösen;
wir müßten aus dem bisherigen Quantitäts- einen Qualitäts-
arbeiter bilden. Dazu solle uns ganz besonders auch
die gewerbliche Fortbildungsschule helfen. Sie habe in
voller Gleichberechtigung neben der praktischen Lehrzeit die
theoretische Berufsbildung zu übernehmen und müsse den
jungen Mann befähigen, seinen Beruf in seiner ganzen Be-
deutung zu erfassen und ihn zu lieben. Wenn die Gewerbe-
schule durch ihre Bildungsarbeit im Beruf Verinnerlichung
der Arbeitsleistung bei unserer Jugend erziele, so werde sie
dem Handwerksmeister (wie allen Arbeitgebern) die wert-
vollsten Dienste erweisen. Die Gewerbebeschule diene der Berufsbil-
dung der jungen Leute, ebenso wie die Arbeit in Haus und
Hof und Werkstatt; es sei darum auch die Verlegung des
Schulunterrichts der gewerblichen Jugend auf die Arbeits-
stunden des Tages, entsprechend der Auffassung des Arbeits-
ministeriums, durchaus gerechtfertigt.

Gewerkschaftliches.

Um die elende Lage der Arbeitsinvaliden zu ver-
bessern, hat sich der „Reichsverband der Invaliden, Erwerbs-
beschränkten und Erwerbsunfähigen Deutschlands“ gebildet.
Dieser Bund will die Forderungen der Vergessenen und
wirtschaftlich Ohnmächtigen vertreten, indem er Staat und
Gemeinde auf die Schaffung ausreichender Fürsorge-
einrichtungen hinweist, um den Arbeitsinvaliden die be-
rückte Armenunterstützung und die Entwürdigung der
Bettellei zu ersparen. Auch für angemessene Bezahlung der
in öffentlichen Betrieben dauernd oder vorübergehend be-
schäftigten Invaliden versucht diese jüngste Organisation
energisch einzutreten. Um jeden Erwerbsbeschränkten oder
Invaliden den Beitritt zu dem Bunde zu ermöglichen, ist
das Eintrittsgeld und der monatliche Beitrag auf je 50 %
festgesetzt worden. Die „Deutsche Invaliden-Zeitung“, das

Organ des Bundes, ist im Halbjahresabonnement für M. 1
zu beziehen. Die Zentraladresse des Bundes ist: Johannes
Lüneburg, Frankfurt a. M., Behmannstraße 46.

Urabstimmungen im Tapeziererverband. Die erste
Urabstimmung hat ergeben, daß der größte Teil der Ab-
stimmenden für die Verschmelzung eintritt. Es stimmten
6712 Mitglieder für und 2975 gegen eine Verschmelzung.
Bis Ende November soll nun durch eine weitere Urabstimmung
beschlossen werden, ob der Tapeziererverband sich dem Holz-
arbeiter- oder dem Sattlerverband anschließen soll.

Gewerbe- und soziale Hygiene.

Gesundheitsschädliche Lösungsmittel. Wie wir aus
der „Farbenzeitung“ entnehmen, sind allerlei Klagen über
Lösungsmittel laut geworden, die schwere gesundheitliche
Schäden hervorrufen. Hauptächlich soll es sich um ein
Produkt handeln aus den Heresbeständen, das aus Mischungen
von Schwefelkohlenstoff und Nitrobenzol besteht. Dr. Hans
W o l f f, Berlin, schreibt nun darüber folgendes:

Während in der Vorkriegszeit die Zahl der Lösungs-
mittel verhältnismäßig gering war, tauchten durch den
Mangel an Lösungsmittel und die Beschlagnahme der er-
probten gebräuchlichen Produkte, in der Kriegszeit, nicht
minder nach Beendigung des Krieges, zahllose „wilde Lösungs-
mittel“, wie ich sie nennen möchte, auf.

Ich möchte mich hier nicht über die Brauchbarkeit dieser
Lösungsmittel äußern, sondern nur einen Punkt kurz erwähnen,
der der dringendsten Beachtung der beteiligten Kreise bedarf,
das ist die Möglichkeit von Gesundheitsschädigungen.

Während man bei den früher gebräuchlichen Lösungs-
mitteln nur von einer „bedingten“ Schädlichkeit sprechen kann,
kann man von einer Unzahl dieser wilden Lösungsmittel
durchaus von einer „unbedingten“ Schädlichkeit sprechen.
Hierzu gehören vor allem solche Lösungsmittel, die Schwefel-
kohlenstoff oder Nitrobenzol in bemerkbaren Mengen ent-
halten. Beide Verbindungen sind als durchaus nicht un-
bedenklich zu bezeichnen und bei der Verwendung als Lösungs-
mittel, bei der sie aus den Fertigungsprodukten, beim Streichen oder
Lackieren frei verdunsten, können sie schwere Gesundheits-
schädigungen hervorrufen. Was die Verwendung von Nitro-
benzol betrifft, so möchte ich darauf hinweisen, daß sich die
Schädlichkeit dieser Verbindung als so stark herausgestellt
hat, daß es zum Beispiel als Parfümierungsmittel für Wasch-
mittel verboten wurde.

Wenn nun gar in neuerer Zeit, anscheinend aus Heres-
beständen herrührend, ursprünglich zu andern Zwecken bestimmt,
Lösungsmittel auftauchen, die die beiden genannten Stoffe
enthalten, so kann nur dringend vor ihrer Verwendung als
Nachlösungsmittel gewarnt werden. Gerade bei dieser Ver-
wendung ist die Gefahr einer Schädigung groß und unter
Umständen könnte für eintretende Unfälle der Hersteller eines
dieser Produkte enthaltenden Lackes haftbar gemacht werden.
Es sei noch darauf hingewiesen, daß sich schon rein
technisch diese Verbindungen durchaus als unvorteilhaft be-
zeichnen lassen: Schwefelkohlenstoff wegen seiner außerordentlich
leichten Verdunstungsfähigkeit und seiner großen Feuergefähr-
lichkeit, die sich auch nicht, wie dies bei Benzinen der Fall
ist, durch Zufüge wie Tetrachlorkohlenstoff herabmindern läßt.
Nitrobenzol hat dagegen eine so geringe Verdunstungsfähig-
keit, daß diese wiederum der technischen Verwendung bei der
Lackfabrikation hinderlich ist.

Es sollte daher bei Verwendung unbekannter oder
ungewöhnlicher Nachlösungsmittel nicht verabsäumt werden,
sie auf ihre Gesundheitsschädlichkeit prüfen zu lassen, damit von
der Verwendung solcher Lösungsmittel, die als sicher gesund-
heitschädlich bekannt sind, rechtzeitig Abstand genommen wird.“
Da diese Angelegenheit für unsere Kollegen von
besonderer Bedeutung ist, werden sie gut tun, bei Abbeiz-
arbeiten darauf zu sehen, daß nur die bekanntesten gebräuchlichen
Produkte verwendet werden.

Sozialpolitisches.

Nachrichten für Ein- und Auswanderer. Gewissen-
lose Agenten verlocken Binnenländer zur Ausreise nach Süd-
amerika, besonders Parag u a y, unter dem Vorgeben, von
Hamburg sei Gelegenheit, auf schwedischen Dampfern aus-
reisen zu können. Das ist Schwindel, durch den zahlreiche
Münchener Familien vollkommen ruiniert worden sind. —
Eine Firma N. van der Burg in Amsterdam (womöglich hat
sie auch noch andere Domizile) wirbt Auswanderer für
Japan an. Auch dahinter steckt der offenbarste Schwindel.
Japan eignet sich unter keinen Umständen für deutsche Aus-
wanderer, da sie den Wettbewerb mit dem „zufriedenen“
Japaner nie und nimmer aufnehmen können. — In Infraten
wird eine Schrift angeboten: „Darstellung aller Aus-
wanderungsmöglichkeiten für Süd-, Zentral- und Nordamerika,
Asien und Afrika.“ Sie kostet M. 4,50, ist jedoch absolut
wertlos. — In Innsbruck hat sich eine Gesellschaft aufgetan,
die Durchreisepässe für Italien verkauft und sich dafür
M. 100 bis M. 150 zahlen läßt. Beim italienischen Armees-
oberkommando in Trient ist die Sache kostenlos zu haben.
In den Niederlanden besteht im allgemeinen große
Arbeitslosigkeit. — Chile bietet für deutsche Auswanderer
vorläufig keine Aussichten.

Die Reisegelegenheit von holländischen Häfen ist noch
immer höchst fraglich. Alle Schiffsplätze sind auf lange Zeit
im voraus belegt. Das Leben ist sehr teuer, Unterrichts-
möglichkeiten für die Zurückbleibenden ist fast gar nicht vor-
handen. Die Zustände auf den holländischen Dampfern sind
für alle, die im Zwischendeck reisen müssen, geradezu un-
erträglich. Frauen und Kinder sollten unter keinen Umständen
die Reise im Zwischendeck machen.
Das deutsche Auslandsinstitut hat eine kostenlose Stellen-
vermittlung besonders für die Auslandsdeutschen eingerichtet.
Es befindet sich in Stuttgart, Neues Schloß.
England erteilt Einreiseerlaubnis nur dann, wenn
die Anwesenheit des die Einreiseerlaubnis Nachsuchenden im
Interesse Englands liegt.
Zur Einreise nach Lettland ist die Zustimmung
(Sichtvermerk) der Lettlandschen Mission in Berlin-Char-
lottenburg, Kaiserdamm 116, erforderlich. Dasselbe gilt für
S i t a u e n. Die litauische Gesandtschaft befindet sich Berlin W.,
Rurfürstendamm 242.

Norwegen hätte zwar für einzelne Berufs-Arbeits-gelegenheit, jedoch wird infolge der steigenden Wohnungsnot die Einreise in der Regel nicht gestattet.

Der Rückwanderung von Deutschen nach Südafrika stehen noch immer große Schwierigkeiten im Wege, da England zunächst keine eigenen von dort stammenden Staatsangehörigen unterbringen will.

Verschiedenes.

Wert und Seele. Wir haben Tage, an denen wir mit Lust und Liebe bei unserer Arbeit sind, und dann haben wir oft auch Tage, an denen sie uns gar nicht von der Hand gehen will.

Ebenso natürlich aber ist es auch, daß unter der steigenden Entwicklung unseres Arbeitslebens auch diese seelische Seite der Arbeit an Bedeutung zunehmen wird.

Wenn wir heute ein Werk vollbracht haben, dann geben wir es aus der Hand und mit ihm etwas Fleiß, dazu ein gut Teil Unwissenheit und oft ein groß Teil Gäh.

Das ist der festliche Wert steigender Arbeitsentwicklung, daß mit ihr die Freude einzieht in die Welt.

Fachtechnisches.

Gewerbliches Vortragswesen Hamburg. Vorträge für Maler im Hörsaal der Staatlichen Kunstgewerbeschule am Reichenwall.

Patentsachen. Jahresangelegenheit vom Patentbureau Meissen, Dresden.

Angemeldete Patente: Nr. 75 b. 18 Sch. 55 143. Herrn. Schudt, Berlin-Steglitz; Verfahren zur Herstellung von Glasbildern und Mosaik.

Gebrauchsmuster: Nr. 75 c. 718 279. W. Schneider, Berlin-Schöneberg; Gummierichthupier.

18. September 1919. — Nr. 75 c. 718 016. Friedr. Oeser, München; Farbzerstörungsapparat.

Literarisches.

„Der Arbeitsnachweis“ wird seit 1. Oktober durch den Direktor des Verbandes deutscher und des Verbandes niederländischer Arbeitsnachweise, Herrn Dr. Vermiekel, und dem Referenten des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, Herrn N. v. Winterfeld, herausgegeben.

Der jährliche Bezugspreis beträgt M. 24 (für Mitglieder des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise M. 20, bei Bezug von mindestens 20 Exemplaren je M. 18).

„Kommunale Praxis“, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt.

„Das Recht der Übergangszeit“ von Gerichtsassessor Dr. Platon, Referent im Reichsarbeitsministerium.

„Technik für Alle — Technik und Industrie. Monatshefte für Elektrotechnik, Bau- und Maschinentechnik usw.“

Reisen und Abenteuer. Unter diesem Titel kündigt der Verlag J. N. Brockhaus in Leipzig eine Sammlung illustrierter Volks- und Jugendschriften an.

Geld verdienen ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ob Beschäftigungsloser, ob im Haupt- oder als Nebenberuf.

Neu! Serie 9. GROHMANN Serie 9. Neu! 32 Tafeln, vornehm, farbige Ausführung A. 30 geg. Nachnahme.

Preise von M. 5 für den Band. Sven Hedin eröffnet die Sammlung. Seine „Abenteuer in Tibet“ haben sich ja schon längst als ein echtes Volksbuch in Deutschland eingelebt.

Vereinstell.

Table with columns: Name, Buch-Nr., Bezahlt bis zur, Ort. Lists names like Binder, Georg and their subscription details.

Sterbetafel.

Gotha. Der Kollege Otto Bierbaum, Mitglied der Zahlstelle Mühlhausen, ist in der Gefangenschaft gestorben.

Vom 30. November bis 6. Dezember ist die 49. Beitragswoche.

Anzeigen

Geld verdienen ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann.

Neu! Serie 9. GROHMANN Serie 9. Neu! 32 Tafeln, vornehm, farbige Ausführung A. 30 geg. Nachnahme.

Malerschule Buxtehude gegr. 1877. Kriegsbeschädigten-Kurse. Größte Schule für Dekorationsmalerei.

Malerschule Berbst i. A. Fachschule für Dekorationsmalerei.

Maler-Anzüge aus prima edlem, grauem Nessel, beste Friedensware.

Kiefin feinstes mineralisches Farbenbinde-mittel

Graue Nessel-Joppe Nr. 21 Als Maßorbitt ganze Körperlänge, ob schlank, mittel oder stark.

Julius Hammerschlag, Halle a. d. S. 9. 20 Bfd. Malerleint zu verkaufen.

Streichbürsten Binjel aller Art in Friedensqualität zu billigen Preisen liefert.

Umwälzung herbeizuführen. Von Fachleuten glänzend beurteilt. Gebrauchsanweisung und Muster frei.

Nr. 46 des „Correspondenzblatt“ liegt heute bei.

Garantiert reines gekochtes Leinöl (Leinölfirnis) Aus reinen Materialien hergestellte Friedensware